

Alke Jenss

Vertreibung als Strategie: Landkonflikte in Kolumbien*

Keywords: space, scale, violent displacement, Latin America, paramilitary groups, strategic-relational approach, peasant movements

Schlagwörter: Raum, *scale*, gewaltsame Vertreibung, Lateinamerika, paramilitärische Gruppen, strategisch-relationaler Ansatz, Bewegung der Kleinbäuerinnen/-bauern

Konflikte um Land sind eine Konstante in der Geschichte vieler latein-amerikanischer Länder. Mit dem 21. Jahrhundert hat die Bedeutung von ländlichem Raum und Landbesitz nicht abgenommen, im Gegenteil. Das Ringen um Agrarreformen und die Nachfrage nach Agrarland sind gerade in Lateinamerika wieder von großer Wichtigkeit. Kolumbien steht beispielhaft für diese Entwicklungen und ist zugleich ein Extremfall: Hier geht es weniger um Kauf und Verkauf von Land, sondern vielmehr um die gewaltsame Aneignung. In keinem anderen lateinamerikanischen Staat hat sich die Landkonzentration in wenigen Händen in den letzten beiden Jahrzehnten so drastisch verschärft (UNDP 2011). Nirgendwo sonst ist die gewaltsame Vertreibung von Kleinbäuerinnen/-bauern aus Regionen, die wirtschaftlichen Gewinn versprechen (ob durch agroindustrielle Nutzung, Bergbau oder für die extensive Rinderwirtschaft) derart systematisch und der Einsatz paramilitärischer Gruppen dabei so offensichtlich (vgl. Camacho 2006; Zelik 2009). Die Vereinten Nationen sprechen inzwischen von 3,6 bis 5,2 Mio. Vertriebenen bei einer Gesamtbevölkerung von ca. 44 Mio. (UNHCR 2012; IDMC 2012).

Die Analyse dieser gewaltvollen Rekonfiguration ländlicher Räume in Kolumbien kann zum Verständnis weltweit zunehmender gewaltvoller Aneignungsprozesse beitragen. Dabei stellt dieser Beitrag nicht nur Fragen nach der konkreten Ausgestaltung, sondern nach den Herrschaftsverhältnissen, die auf jene Konflikte und damit die Raumproduktionen zurückwirken. Mit dem raumtheoretischen Ansatz Neil Brenners (2004)

* Für konstruktive Anmerkungen danke ich herzlich den beiden GutachterInnen und Dieter Boris, Simone Claar, Matthias Ebenau und Robert Gather, außerdem all jenen, die mir in Gesprächen ihre Perspektive auf politische Dynamiken in Kolumbien erläutert haben.

skizziere ich zunächst einen Zugang, der in seiner Analyseheuristik und Operationalisierung über räumliche Form, Projekte und Strategien des Staates eine Untersuchung politisch umkämpfter Prozesse ermöglicht, in denen „historisch spezifische Konfigurationen staatlichen Raums hergestellt und unermüdlich bearbeitet werden“ (Brenner 2004: 76). Stärker als andere Arbeiten zum Thema Raum verknüpft Brenner den Prozess räumlicher Strukturierung mit der Frage nach den treibenden Kräften auf verschiedenen institutionell-staatlichen Ebenen für dieses *remaking* staatlichen Raums. Dabei fügt er dem strategisch-relationalen staatstheoretischen Ansatz Bob Jessops (2008) eine explizite räumliche Perspektive ein, die für die Unterschiedlichkeit der Prozesse in subnationalen *spaces* und institutionellen *scales* sensibilisiert. Gerade dies macht den Ansatz für den komplexen Fall Kolumbien interessant. Im zweiten Schritt möchte ich daher ausloten, inwiefern Brenners Kategorien in Kolumbien auch historisch konkrete Anwendung finden und zu einer kritischen Betrachtung der gesellschaftlichen Verhältnisse beitragen. Durch die Geschichte des Landes zieht sich schließlich eine bemerkenswerte Kontinuität der raumbezogenen Politik. Meine These im folgenden Abschnitt ist: Staatliche Ordnungsstrategien veränderten ab den 1980er Jahren ländliche Räume radikal und verdichteten sich ab dem Regierungsantritt von Álvaro Uribe im Jahr 2002 zu einem kohärenten staatlich-räumlichen Projekt. Gerade dabei verknüpfen sich, so meine Annahme, staatliche Strategien zur Neupositionierung von Räumen in supranationale Akkumulationskreisläufe (Brenner 2004) mit Modifikationen in gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnissen. Daran schließe ich eine differenzierte Betrachtung dieses „staatlich-räumlichen Projekts“ an, d.h. der treibenden Kräfte, Durchsetzungsmodalitäten und zeitlichen Abfolgen, sowie dem Verhältnis zu subalternen räumlichen Strategien. Lücken in den Daten über Landverteilung und Besitzstruktur erschwerten bisher kohärente Aussagen erheblich; erst jüngst haben das Kolumbianische Institut für Geographie (IGAC 2011) und das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP 2011) die Daten zugänglich gemacht, auf die sich der Beitrag, neben der nationalen Presse (*Semana*, *El Tiempo*) stützt. Abschließend fasse ich die theoriegeleitete Analyse zusammen.

Staat und Raum: konzeptionelle Überlegungen

Grundannahme dieses Beitrags ist, dass staatlich regulierte Räumlichkeit nicht fixiert, sondern ein politisch umkämpfter, selektiver Prozess ist. Brenner betont unter Bezug auf Henri Lefebvre, staatliche Räumlichkeit werde aktiv hergestellt und durch regulative Projekte und soziopolitische

Kämpfe transformiert. Diese artikulierten sich an diversen institutionellen Orten und auf verschiedenen Ebenen (Brenner 2004: 76). Dabei sei Raum nicht nur Schlüsseldimension staatlich-institutioneller Organisation, sondern werde umgekehrt auch explizit zum Ziel staatlicher Politik.

Mit der zunehmenden Bedeutung supranationaler Institutionen, globaler Finanzströme und transnationaler Unternehmen sei polit-ökonomischer Raum heute als „komplexes Mosaik“ (ebd.: 66) zu verstehen. Brenner beobachtet so bei veränderten Akkumulationsstrategien eine „neue politische Ökonomie des Raums“ (ebd.: 67). Subnationale und supranationale Ebenen sozialräumlicher Organisation seien wichtiger, blieben aber umkämpft. Deterritorialisierung oder Reterritorialisierung schlossen sich dabei nicht aus, sondern seien „sich gegenseitig konstituierende, aber höchst konfliktive Momente“ (ebd.: 64) einer Dialektik, die Raum im Kapitalismus permanent produziert und transformiert. Ohne Nationalstaaten a priori als „statische Hintergrundstrukturen“ (ebd.: 70) zu verstehen, betont Brenner deren Schlüsselrolle bei der Umgestaltung staatlicher Räumlichkeit ab den 1970er Jahren. Die nationalstaatliche Ebene von Regulation sei dezentralisiert; zugleich differenzierten staatliche Strategien sozioökonomische Politik in nationalen Räumen aus (ebd.: 71, 105f).

Während sich Brenner auf die veränderte Rolle von Metropolen konzentriert, überträgt dieser Beitrag seine Überlegungen der differenziert auf unterschiedliche Räume gerichteten Politik auf das Erschließen von Regionen zur Integration in ein spezifisches Entwicklungsmodell, für das sie zuvor irrelevant waren. Dabei ergeben sich räumliche und skalare Neuordnungen sowohl innerhalb staatlicher Institutionen wie auch darüber hinaus. Die Umstrukturierung bezeichnen offizielle Regierungsdiskurse dabei als „Modernisierung“ oder „Entwicklung“. Bemerkenswert ist die Gewaltdimension dieser raumbezogenen Politik, die häufig weltwirtschaftlichen Anforderungen folgt. Mit Escobar (2003) gehe ich hier davon aus, dass die in postkolonialen Gesellschaften vorangetriebene „Entwicklung“ im kapitalistischen Sinne ein historisch grundsätzlich mit Gewalt verknüpfter Prozess und Vertreibung damit ein integrales „Element eurozentrischer Modernität“ gewesen sei. Escobar versteht Entwicklung als „raum-kulturelles Projekt“, das in Staaten des globalen Südens entlang einer spezifischen Ordnung die „kontinuierliche Erschließung (Eroberung) von Territorien und Bevölkerung und deren ökologische und kulturelle Transformation“ notwendig machte (Escobar 2003: 157).

Zwei konzeptionelle Stränge können mit Brenner und Escobar erfasst werden: Die Rolle veränderbarer staatlicher Apparate bei der Formulierung

und Durchsetzung konfligierender räumlicher Strategien und Projekte sowie der gewaltvolle Charakter dieser weltmarktvermittelten Rekonfigurationen.

Für die Operationalisierung dieser Überlegungen sind wiederum Brenners raumtheoretische Konzepte hilfreich: Was als „Modernisierung“ bezeichnet wird, seien staatliche Strategien zur Positionierung von Räumen innerhalb spezifischer Akkumulationsregimes (Brenner 2004: 260). So finde in Zusammenhang mit modifizierten Herrschaftsmustern eine Umstrukturierung von Wirtschaftsregionen und eine Neudefinition gesellschaftlicher Verhältnisse statt. Brenner unterscheidet analog zu Jessops (2008) staats-theoretischen Überlegungen räumliche Form, räumliche Projekte und räumliche Strategien des Staates. So sei Staatlichkeit organisiert in der *Form* territorial zentralisierter Einheiten politischer Autorität innerhalb eines „Inter-Staaten-Systems“ (Brenner 2004: 91). Eine inhärente Einheit des Staates qua institutionellen Ensembles gebe es aber nicht. Denkbar seien regional spezifische institutionelle Formen oder das Ringen gesellschaftlicher Kräfte um die Reorganisation institutioneller Strukturen.

Während Staatsprojekte staatliche Aktivitäten um ein Set von Politiken gruppierten und Einheit suggerierten, resultierten aus *raumbezogenen Projekten* des Staates räumlich differenzierte staatliche Strukturen, die dennoch als funktional kohärente Regulation wirken. Staatlich-räumliche Projekte versuchen, „staatliche Institutionen und *policy regimes* über geographische *scales* und zwischen unterschiedlichen Standorten innerhalb des staatlichen Territoriums ausdifferenzieren oder zusammenzuführen“ (ebd.: 92). Projekte differenzierten Aktivitäten des Staates *über die territoriale Administration*, koordinierten staatliche Politiken *auf verschiedenen Ebenen* und *an verschiedenen Orten*. Sie seien „strategischer Ausdruck staatlich organisierter Raums im engen Sinn“ (ebd.: 92; Hervorhebungen A.J.), auf staatliche Institutionen selbst gerichtet mit dem Ziel, in der räumlich differenzierten Politik heterogener Staatsapparate Kohärenz herzustellen. Im kolumbianischen Kontext lässt sich ein solches Projekt von Institutionen aller Ebenen wohl für die Zeit zwischen 2002-2010 feststellen, wie ich später erläutere.

Strategien unterscheidet Brenner von Projekten u.a. in der Zielrichtung: *Staatlich-räumliche Strategien* richteten sich auf gesellschaftliche und ökonomische Verhältnisse im umfassenden Sinn, d.h. über die Staatsapparate hinaus. Sie zielen darauf, die Geographie von Akkumulation und Regulation innerhalb eines staatlichen Territoriums zu beeinflussen, was in räumlich selektiven Akkumulationsstrategien und/oder hegemonialen Projekten resultiere (ebd.: 93). Entsprechend komme es zu spezifischen politischen Eingriffen staatlicher Institutionen, wobei bestimmte gesellschaftliche Kräfte – analog zu Jessops (2008: 36f) Begriff der „strategischen

Selektivität“ – bevorzugt werden. Strategien werden in Herrschaftsinstrumente wie wirtschaftliche Entwicklungsinitiativen, räumliche Planungsprogramme oder Wohnraumpolitik übersetzt. Sie zeigen sich in der territorialen Differenzierung von *policy regimes* und deren Auswirkungen innerhalb der Nationalgrenzen; hier realisiere sich also staatliche Räumlichkeit im integralen Sinn. In Kolumbien werden uneinheitliche Strategien an gescheiterten Agrarreformen, staatlich beförderten Landkolonisierungen und Zyklen gewaltsamer Vertreibung deutlich.

Entlang zweier Achsen differenziert Brenner die Artikulation von Projekten und Strategien (Brenner 2004: 97ff): So bewege sich die *skalare* Artikulation von räumlichen Projekten des Staates zwischen Zentralisierung und Dezentralisierung. Auf der *territorialen* Achse sei die Vermittlung regionspezifisch oder universal. Ebenso vermittelten sich räumliche Strategien des Staates *skalar* und *territorial*, seien auf einer oder mehreren administrativen Ebenen angesiedelt und auf Angleichung oder Konzentration gerichtet.

Staatliche Institutionen lieferten also eine *regulatory landscape*, deren Topographie sich seit den 1970er Jahren verändert hat. Sie könnten herrschende Gruppen zu organisieren helfen, regional ungleiche Muster vertiefen oder glätten und die Art und Weise ihrer eigenen Artikulation verändern. Die Widersprüche und Krisentendenzen des Kapitalismus vertieften sie unter Umständen aktiv (ebd.: 96f). Ergebnis sei eine differenzierte „räumliche Selektivität“ (ebd.: 89).

Brenner in Kolumbien: räumliche Projekte und Strategien des Staates

Um Brenners Kategorie der räumlichen Form für den kolumbianischen Fall aufzunehmen, ist zunächst relevant, dass die spanische Kolonialherrschaft die Konstitutionsbedingungen des dortigen Staates mitbestimmte. Sie hinterließ fragmentierte, regional und lokal verankerte Oligarchien, an die während des Kolonialismus Macht delegiert worden war und die relative Autonomie genossen hatten (González u.a. 2002: 266). Gab es nach der Unabhängigkeit 1812 noch Gewaltkonflikte um die Frage, ob der Staat zentral oder in Form einer Föderation organisiert sein sollte, ist Kolumbien doch seit Ende des 19. Jahrhunderts ein Zentralstaat. Diese Form konstituiert bis heute das Terrain, auf dem sich die räumlich differenzierten Projekte und Strategien entfalten, die im Folgenden analysiert werden.

Wie im Verlauf des Artikels skizziert, lässt sich ein „staatlich-räumliches Projekt“, das in der Raumordnungspolitik verschiedener Staatsapparate Kohärenz herstellt, in Kolumbien am ehesten für die Zeit der Präsidentschaft

Álvaro Uribe Vélez' (2002-2010) konstatieren, als offensichtlich Interessen in zentralstaatlichen wie regionalen Institutionen konvergierten; trotz der Heterogenität des staatlichen Gefüges wurde in dieser Periode eine recht kohärente raumbezogene Politik betrieben.

Dieser Politik entsprechen die radikale Veränderung der Landbesitzverhältnisse in den ländlichen Regionen Kolumbiens in den letzten 15 Jahren und eine politische Ökonomie, die zunehmend auf Agrarindustrie, Bergbau und Ölförderung basiert. Begreift man, dass Teile des Staates die Auslagerung der Gewaltfunktion an paramilitärische Akteure förderten, und damit die Systematik der Vertreibung, so ist diese Politik als Teil staatlicher Raumstrategien interpretierbar – gerade wenn man sich vor Augen führt, dass die Regionen, in denen in den letzten drei Jahrzehnten paramilitärische Gruppen aktiv waren, jene, aus denen besonders viele Menschen vertrieben wurden, und die Regionen, die heute als Zentren von Agrarindustrie oder Bergbau gelten, dieselben sind. So wird deutlich: Es findet eine „Bereinigung“ von Regionen statt, die in der Folge durch agroindustrielle Bewirtschaftung, traditionelle extensive Viehwirtschaft oder Bergbau (Kohle, Gold) „inwertgesetzt“ werden. Tenthoff (2008: 2) spricht vom „agroindustriellen paramilitärischen Projekt“ in Zusammenarbeit mit staatlichen Agenturen.¹ Zentral für diese Strategie räumlicher Umgestaltung, die regional verankerte herrschende Fraktionen vorantrieben, war die Einbeziehung der Streitkräfte und die Errichtung eigener Armeen – Paramilitärs – ab den 1980er Jahren. Eine Verknüpfung ähnlicher Interessen ist es also, die in Allianzen aus Großgrundbesitz, (regional-)staatlichen Institutionen und paramilitärischen Gruppen mittels der systematischen gewaltsamen Vertreibung in einer katastrophalen Gegen-Landreform mündete (vgl. Fajardo Montaña 2010: 8).

Ein national-populäres Staatsprojekt, in dem die Einbindung großer Bevölkerungsteile wie in anderen lateinamerikanischen Ländern zu einer Milderung der ungleichen Verteilung von Landbesitz hätte führen können, gab es in Kolumbien hingegen nicht. Die Geschichte des Landes interpretiere ich in diesem Beitrag vielmehr mit Hobsbawm (1983) als Abfolge aufeinander bezogener Prozesse permanenter Landkolonisierung und wiederholter Gewaltzyklen. Auch von einem staatlichen Projekt räumlicher Konfiguration konnte kaum die Rede sein. Bereits geographisch erschwerten die drei Ausläufer der Anden und die enormen klimatischen Unterschiede

1 Hier soll nicht der Eindruck entstehen, der kolumbianische Staat vertreibe Bauerngemeinden als Ergebnis einer expliziten Verschwörung. Die Tatsache, dass hochrangige Militärs und regionale Kräfte sich an der Finanzierung und logistischen Unterstützung paramilitärischer Gruppen beteiligten, verweist allerdings auf die Existenz eines staatlich-räumliches Projekts; so ermittelt(e) die Staatsanwaltschaft gegen über 100 ehemalige Kongressabgeordnete wegen Verbindungen zu „Paras“ und Mafia (vgl. exemplarisch López 2010).

im 19. und 20. Jahrhundert die Herausbildung eines nationalen Binnenmarktes erheblich (vgl. Zinecker 2007: 144). Diese weit zurückreichenden Kontinuitäten in der räumlich gerichteten Politik macht erst die historische Kontextualisierung deutlich. Daher ist die Darstellung der in Kolumbien zum Tragen gekommenen staatlich-räumlichen „Strategien im umfassenden Sinn“ im folgenden Abschnitt unerlässlich.

Räumlich differenzierte Strategien und gewaltförmige Entwicklung

Das Akkumulationsregime in Kolumbien ließ eine gewisse Industrialisierung zu, gefährdete aber nie die Interessen exportorientierter ländlicher Sektoren (Kaffee, Bananen, Viehzucht). So war die Wirtschaftspolitik nie konsequent binnenmarktorientiert wie zeitweise in anderen lateinamerikanischen Ländern; insbesondere das Gewicht des Kaffee in der Produktionsstruktur verhinderte eine Dominanz industrieller Kräfte. Dennoch gründeten gerade im Kaffeesektor die Akkumulationsstrategien teilweise auf der Produktion im kleinen und mittleren Maßstab. Staatlich-räumliche Strategien waren immer erheblichen Widersprüchen ausgesetzt: Räumliche Strategien des Zentralstaates richteten sich zeitweilig durchaus vorsichtig auf Veränderungen der Besitzverhältnisse im ländlichen Raum, stießen aber auf die Abwehr regionaler herrschender Kräfte. Diese setzten gewaltsame Vertreibungen als Instrument immer wieder ein und sahen sich dabei wiederum von staatlichen Stellen toleriert oder gestützt. Die reformorientierten Fraktionen der herrschenden Klassen innerhalb staatlicher Entscheidungszentren, die Handlungsbedarf für eine Umverteilung des Produktionsmittels Land sahen, waren hingegen nicht fähig oder willens, sich gegen die Landbesitzenden durchzusetzen.

Subalterne Raumstrategien bestanden in der Etablierung und Verteidigung selbstverwalteter *territorios* wie dem afrokolumbianischen Palenque oder Sumapaz nahe Bogotá; als Ventil wirkten kontinuierliche Siedlungsbewegungen in marginale Räume. In den Anden herrschten kleinbäuerliche Minifundien, in den fruchtbaren Ebenen Latifundien vor, an den Hängen bestanden beide Formen in problematischer Koexistenz. Da Kleinbäuerinnen/-bauern urbar gemachtes Land immer wieder gezwungenermaßen verließen, war die Landbesitzstruktur in peripheren Regionen kontinuierlichen Konzentrationsprozessen und diese gesellschaftlichen Räume Rekonfigurationen unterworfen (Molano 1992). Besiedlungen vollzogen sich selbstverständlich nicht in einem „leeren“ Raum – wenn auch 1850 noch 75 % des kolumbianischen Staatsgebiets als „öffentliches“ Land galt – sondern verdrängten in

Teilen des Landes die indigene Bevölkerung. In anderen Regionen rangen kleinbäuerliche und indigene Gemeinden gemeinsam gegen Großgrundbesitz um den Zugang zu Land. Wenn hier also von „urbar machen“ die Rede ist, handelt es sich meist um Land, das zuvor kein Ackerland war.² Subalternen bäuerlichen und indigenen Strategien ist dabei die Verteidigung von *tierra* als Produktionsmittel und *territorio* gemein, wobei letzteres konzeptionell über die Produktionslogik hinausgeht und Kultur, Erinnerung und Institutionen der Gemeinschaft integriert (vgl. Castillo 2010; Mondragón 2011). Kollektive Identität ist eng verbunden mit dem „Raum“, den das *territorio* umfasst. Vertreibung bedeutet somit Identitätsverlust und *desterritorialización* (womit in etwa das Kappen der Verbindung mit dem Umfeld gemeint ist). Daher ringen die Gemeinden mit dem Staat und den herrschenden Kräften nicht nur um die Kontrolle von Ressourcen, sondern um die Deutungsmacht über Konstruktionen von Raum (Castillo 2010: 147).

Zentralstaatliche raumpolitische Entscheidungen, die die Exportwirtschaft als „Entwicklungsmotor“ betrachteten, begünstigten sowohl die Ausweitung der Grenze des agrarisch genutzten Landes ins Tiefland und in die Grenzregionen als auch die Aneignung der Titel über die Parzellen von Siedlern im 19. und 20. Jahrhundert: Nach kolumbianischem Gesetz konnte man offizielle Landtitel nur nach gutachterlicher Bewertung erhalten. Für Parzellen unter 50 ha überstiegen die Kosten des Gutachtens aber meist den Wert des Landes (LeGrand 1992: 45), so dass Kleinbäuerinnen/-bauern ihren Besitz kaum jemals nachweisen konnten. LeGrand (ebd.: 32ff) zeichnet nach, wie sich Großgrundbesitzer mit dem Bedeutungsgewinn ländlicher Exportprodukte (Kaffee, Bananen) ab ca. 1880 in den Anden und an der Küste systematisch gerade jenes Land aneigneten, das kleinbäuerliche SiedlerInnen urbar gemacht hatten, und auf dieser Grundlage auf den Weltmarkt gerichtete Exporträume etablierten. Über die Kontrolle großer Landflächen suchten die *haciendas* die knappen Arbeitskräfte zu binden. Zugleich privatisierten zentralstaatliche Agenturen etwa 3,2 Mio. ha bereits kleinbäuerlich bewirtschafteter Flächen (LeGrand 1992: 35). Diese Enteignungen machten Siedler zu ländlichen Lohnarbeitern und konzentrierten die Landbesitzstruktur in Regionen des Exportwachstums massiv.

Erstmals stellte Anfang der 1930er Jahre der liberale Präsident López Pumarejo (1934-1938) mit einer von Gewerkschaften und Bauern geforderten Agrarreform die Besitzrechte der GroßgrundeigentümerInnen ernsthaft infrage (vgl. Gutiérrez Sanín u.a. 2007). Richani (2002: 23) identifiziert

2 Heutige ländliche Basisbewegungen versammeln bewusst kleinbäuerliche, afrokolumbianische und indigene Gruppen hinter gemeinsamen Forderungen (vgl. Congreso de los Pueblos 2011).

hier eine kurze Phase relativer staatlicher Autonomie gegenüber der Landoligarchie. Diese reagierte allerdings konfrontativ, indem sie die Nutzung großer Ländereien von arbeitsintensiver Nahrungsmittelproduktion auf extensive Viehzucht umstellte. Hohe Inflationsraten, eine Verdopplung der Lebenshaltungskosten in den Städten und eine reduzierte landwirtschaftliche Produktion nahm sie dabei in Kauf. López Pumarejo musste die Reform 1942 in einer zweiten Amtsperiode praktisch zurücknehmen. Richani (2002: 21) betont daher „die Fähigkeit der Großgrundbesitzer, [...] Allianzen mit der agroindustriellen Elite, vor allem großen Kaffeeproduzenten, einzugehen und dadurch die Balance zu ihren Gunsten zu verschieben.“

Auch die Phase *La Violencia* („Die Gewalt“) ab 1948 macht räumlich selektive Akkumulationsstrategien deutlich. Die Ursachen der *Violencia*, die einer repressiv niedergeschlagenen Protestwelle in Bogotá folgte, sucht die Literatur zwar häufig in Spannungen zwischen Mitgliedern der Konservativen und Liberalen Partei (vgl. López 2004); diese etablierten aber ab 1950 ein gewisses Kräftegleichgewicht und zentrale Wirtschaftsgruppen besetzten die beiden Parteien ohnehin längst paritätisch. Staatliche Stellen förderten – wenn auch nie entschieden – die Industrie, und erlegten den Kaffeeproduzenten in Zeiten hoher Preise höhere Abgaben auf. Vielmehr war die Gewalt ein Mittel im Ringen um die Nutzung von Land und das Verhältnis von Kapital und Arbeit. Gerade Arbeitgeber auf Kaffeehaciendas und in Bananenenklaven unterdrückten die Forderungen organisierter Bauern und Arbeiter nach angemessenen Löhnen und eigenen Landparzellen (vgl. González u.a. 2002: 283). Angesichts etwa 200.000 ermordeter Menschen auf dem Land sprechen Gutiérrez Sanín u.a. (2007: 11f) von einem regelrechten Genozid. Hobsbawm (1983: 268ff) zufolge ähnelten die Gewaltpraktiken denen heutiger Paramilitärs und entbehrten nicht einer gewissen Funktionalität, erhöhten doch bürgerliche Kräfte, welche die Besitzverhältnisse und Produktionsstruktur zwischen Mini-, Midi- und Latifundien veränderten, besonders in den Anbauregionen des Hauptexportproduktes Kaffee ihre Aufstiegschancen durch den Einsatz von Gewalt: 1945 bis 1979 brachte der Kaffee mehr als die Hälfte der Exportdevisen ein, während der *Violencia* mehr als 70 % (López 2004: 13). Zur Verteidigung von Land bildeten sich wiederum ländliche Guerillas. Die *Violencia* zeitigte uneinheitliche Ergebnisse: Sie führte nicht einfach zu einer kapitalistischen Transformation hin zu agroindustrieller Bewirtschaftung oder einer Wiedereinführung feudaler Modelle (vgl. Richani 2002: 24), sondern zu einem komplexen Geflecht regional unterschiedlicher Regulation für unterschiedliche Regionen. Dieses richtete sich nach sozialstrukturellen Verschiebungen und danach, welche Priorität diese Räume für staatliche Stellen und wirtschaftliche Gremien

hatten. Im Falle der Kaffee-Plantagen im Quindío lässt sich von struktureller Kontinuität, in Cauca und Süd-Tolima von einer expansiven Transformation hin zur Rinderzucht auf Latifundien, in anderen Departements von der Rückkehr zum *Hacienda*-System sprechen (ebd.). Obwohl sie eine gerechtere Verteilung von Land nicht erreichten, bestanden selbstverwaltete Bauerngemeinden fort.

Mit dem Stabilität versprechenden Zusammenschluss aus Liberaler und Konservativer Partei zur *Frente Nacional* verregelten ab 1958 die herrschenden Fraktionen die Beziehungen untereinander, ohne größere Konzessionen an subalterne Gruppen zulassen zu müssen (López 2004). Subalterne räumliche Strategien hatten daher praktisch keine Durchsetzungskraft auf dem parlamentarischen Weg. Ab Mitte der 1960er Jahre forderte u.a. die noch heute aktive Guerilla FARC eine radikale Veränderung der ländlichen Besitzverhältnisse und Herrschaftsmodalitäten.³ 1972 zog jedoch die Regierung erneut den Vorschlag einer Agrarreform zurück; er scheiterte am gewaltvollen Widerstand von GrundeigentümerInnen an der Atlantikküste, wo eine rasche kapitalistische Transformation der ländlichen Wirtschaft mit höherer Landkonzentration und weniger arbeitsintensiven Produktionsmethoden stattgefunden hatte. Diese betrachteten die Reformbestrebungen als Bruch mit den Vereinbarungen der *Frente Nacional* (Richani 2002: 31). Bereits mit dem *Pacto de Chicoral* von 1973 wurde die Idee einer umverteilenden Agrarreform endgültig aufgegeben: Der Pakt kann „ohne Übertreibung als Abmachung zwischen Regierung und Großgrundbesitzverbänden beschrieben werden, die ländliche Besitzstruktur [...] beizubehalten“ (Gutiérrez Sanín u.a. 2007: 20). Angesichts dieser rigiden Agrarstruktur wanderten allein zwischen 1971 und 1985 etwa 4 Mio. *campesinos* in die Städte ab (Reyes 1997: 185).

Umstrukturierung für den Weltmarkt

Trotz aller Kontinuität wurden ländliche Räume insgesamt im Laufe der 1980er und 1990er Jahre umstrukturiert, und daher ist die Rede in diesem Beitrag von staatlich-räumlichen Strategien: Die innerhalb staatlicher Entscheidungszentren immer durchsetzungsfähigeren außen- und kapitalmarkt-orientierten Kräfte verknüpften die wirtschaftliche Öffnung des Landes im Rahmen des *Washington Consensus* mit Anreizen für Direktinvestitionen in Agrarindustrie und Rohstoffförderung (vgl. Bonilla 2011).

3 Für diesen bewaffneten Konflikt war und ist einer der Motoren der Zugang zu und die Kontrolle über Land (Richani 2002). Andererseits trieben auch die FARC bzw. der bewaffnete Konflikt zwischen Militär und Guerilla Menschen zur Flucht.

Der massive Bedeutungszuwachs des exportfokussierten Bergbausektors und die Herausbildung eines modernen agroindustriellen Sektors mit hoher Produktivität veränderten die Zusammensetzung der Exporte: Hatte sich ab den 1940er Jahren die Bedeutung des Kaffee- und des Agrarsektors allgemein verringert und die des Industriesektors von 14,8 % (1945-1949) auf 21,1 % des BIP (1965-1969) erhöht, so sank zwischen 1988 und 1998 der Anteil des industriellen Sektors von immerhin 25 % wieder auf das Niveau der 1940er Jahre (Kalmánovitz & López 2004: 7). Kohleexporte dagegen machten 1980 nur 0,1 %, 2004 aber schon 10 % aller Exporte aus; Rohöl und Derivate trugen 1980 2,5 %, 2004 bereits 25,2 % bei (CEPAL 2010). Zugleich exportiert Kolumbien heute mehr, und weit mehr ganzjährig zu erntende technologieintensive Produkte (Blumen, Ölpalme, Bananen, Zuckerrohr). Wurden 1990 noch 2,5 Mio. ha halbjährig zu erntender Produkte und 1,2 Mio. ha Ganzjährige angebaut, so hatte sich diese Relation bereits 1997 umgekehrt. Die Produktion von Weizen, Yucca, Mais und anderen Nahrungsmitteln für den Binnenmarkt sank zwischen 1990 und 1997 stark, ebenso wie die von Kaffee oder Baumwolle (Fajardo Montaña 2002: 9f). Der Rückgang der einheimischen Nahrungsmittelproduktion erklärt sich durch günstige Importe, die seitdem um 26,8 % jährlich wuchsen und im Jahr 2008 bereits 8 Mio. t an Nahrungsmitteln und landwirtschaftlichen Rohstoffen ausmachten (Fajardo Montaña 2010: 11; vgl. Bonilla 2011).

Mit der wirtschaftlichen Neuausrichtung gingen aber nicht nur Deindustrialisierung und verstärkte Verknüpfung einzelner Regionen mit dem Weltmarkt einher: Bereits ab den 1970er Jahren wurden Kleinbäuerinnen/-bauern aus den Tälern des Cauca und Magdalena und den Kaffeeanbauregionen verdrängt. In der Folge breitete sich der Ertrag versprechende Kokaanbau massiv in die südlichen und östlichen Regionen aus, in welche die Vertriebenen zogen (vgl. Fajardo Montaña 2002; Higginbottom 2005). Zusätzlich zu dem Ausweg, den der Kokaanbau für kleinbäuerliche Familien bedeutete, federt das aus dem Kokainhandel erwirtschaftete Kapital Volatilitäten der gesamten Wirtschaft ab. Die Agrargrenze verschob sich also permanent in Richtung der Ebenen, relativ unzugänglichen Amazonas-Waldregionen und des Orinoco im Osten und Richtung Pazifikküste (vgl. Fajardo Montaña 2002).

Institutionen wie IWF oder Weltbank beeinflussten die räumlich differenzierte Politik in Kolumbien immer wieder von außen (vgl. López 2004), schrieben aber beispielsweise mit der weltbankgestützten Agrarreform zwischen 1994 und 1998 die bestehenden Verhältnisse nur fest. Leitmotive waren die Vergabe von Landtiteln, Privatbesitz und die Kommodifizierung von in Subsistenzwirtschaft genutztem Land, nicht aber, wie Basisorganisationen forderten, Enteignungen brachliegender Ländereien (Fajardo

Montaña 2010: 8). Nur ca. 180.000 ha wechselten dann über Marktmechanismen die BesitzerInnen. Die Zinsraten der staatlichen Kredite für 30 % des Kaufpreises und das erste Saatgut konnte ein Großteil der Begünstigten nicht bedienen (Mondragón 2006: 168). Zudem vergab die Landreformbehörde nur mittelmäßig ertragreiches Land. Bis heute haben 70 % der Kleinbäuerinnen/-bauern keine offiziellen Besitzurkunden (Ibáñez & Muñoz 2010). Eine umfassende Agrarreform, die die Lebensweisen in ländlichen Räumen progressiv verändert hätte, gab es also nie.

Die Aktivitäten des Staates um Ungleichgewichte auf dem Land auszugleichen verringerten sich erheblich – die auf die Landwirtschaft bezogene *regulatory landscape* (Brenner 2004) verflachte. Die Kaufkraft kleinbäuerlicher Familien sank; gestiegene Nahrungsmittelimporte schwächten die kleinbäuerliche Landwirtschaft zusätzlich. Kleinbäuerinnen/-bauern, die früher eigenes Land in Subsistenzwirtschaft bebauten, wechselten häufig zur Lohnarbeit für Großgrundbesitzer oder Zulieferung für die Agrarindustrie (vgl. Fajardo Montaña 2002). Große bzw. transnationale Agrarunternehmen konnten auf die Anforderungen externer Märkte weit besser reagieren und trieben gemeinsam mit finanzmarkt- und außenorientierten Fraktionen der herrschenden Kräfte die wirtschaftspolitischen Veränderungen voran (vgl. López 2004). Dieser zunehmenden Inwertsetzung von Agrarflächen für die Exportwirtschaft stehen lediglich die Gründung der Nationalen Kommission für indigene Territorien 1996 und die Vergabe von Kollektivtiteln über mehr als fünf Mio. ha Land gegenüber, die die Behörden organisierten afrokolumbianischen Gemeinden in der Pazifikregion überschrieben (Castillo 2010: 152).

Konvergierende Interessen in der Gegen-Landreform

Wie beschrieben, schwächten neoliberale Reformen binnenmarktorientierte Industrien, fanden aber bei jenen Sektoren Unterstützung, die ihre zentralen Akkumulationsstrategien im Besitz großer Landflächen verankerten, so etwa bei traditionell einflussreichen Viehzuchtverbänden. Die dafür notwendige räumliche Rekonfiguration der Akkumulation setzten diese Akteure mit dem Einsatz extremer Gewalt paramilitärischer Gruppen gegen Kleinbäuerinnen/-bauern durch, einer Art „Offensive gegen die kleinbäuerliche Wirtschaft“: Mit Brenner (2004) gehe ich von staatlich-räumlichen Strategien und einem zeitweisen staatlich-räumlichen „Projekt“ aus, die komplementär zur wirtschaftlichen Öffnung der 1990er Jahre gewaltsam ländliche Räume umstrukturierten. Das zentralstaatliche Interesse daran stützt sich zum einen auf neue Funde von Kohle, Öl oder Gold, zum anderen

auf Monokulturen zur Produktion von Agrokraftstoffen und schlägt sich in infrastrukturellen Großprojekten nieder. Gewaltsam angeeignete Landflächen zeichnen sich häufig durch fruchtbare Böden oder Nähe zu Wasserquellen oder strategischen Verkehrskorridoren aus (Redaktion El Tiempo 2011; IGAC 2011).

Um die für die Neuordnung ländlicher Räume in Kolumbien relevanten Kräfte zu bestimmen, ist die Interessenkonvergenz zwischen eben diesen Akteuren ab den 1980er Jahren grundlegend. Das kolumbianische Militär fand in der aufstrebenden „Narcobourgeoisie“⁴ finanzstarke Verbündete für seine *Counterinsurgency*-Strategie, sparte so selbst politische Kosten und dehnte seinen Spielraum aus (Richani 2002: 57): In militäreigenen Einrichtungen wurden, finanziert vom Medellín-„Kartell“, Paramilitärs geschult, die in den 1990er Jahren die landesweite paramilitärische Organisation AUC gründeten (vgl. exemplarisch Romero 2006: 364). Deren militärische Dynamik manifestierte sich – auch heute noch gehen paramilitärische Gruppen so vor – in selektiven Morden und „Verschwindenlassen“ von Menschen, sowie in Massakern gegen Gruppen, die dem Militär keine Informationen beschaffen wollten oder als wie auch immer „subversiv“ angesehen wurden (vgl. exemplarisch Medina 2008: 134; Zelik 2009). Besonders im Nordwesten stellten paramilitärische Kräfte nach Streiks im Bananensektor Anfang der 1990er Jahre eine autoritäre Ordnung her, indem sie jegliche politische Opposition eliminierten (Romero 2006: 366). Die Selbstdefinition der AUC als „politisch-militärische Bewegung von antisubversiver Ausrichtung, die das Recht auf legitime Selbstverteidigung ausübt und vom Staat Transformationen verlangt, aber nicht gegen ihn angeht“ (zit. in Valencia 2007: 24), zeigt den parastaatlichen und herrschaftsaffirmativen Charakter der Gewalt der Paramilitärs. Ihre Haupteinkommensquellen fanden die AUC nach eigenen Angaben im Kokain- und Schlafmohnhandel (Medina 2008: 126). Während das Etikett der „bewaffneten Selbstverteidigung“ gegen die Guerilla die Verbindungen mit illegalen Wirtschaftssektoren zu rechtfertigen schien (Romero 2006: 386), wäre eine Interpretation der Paramilitärs als reine *Counterinsurgency*-Agenten verkürzt. Die Landnahme spielte eine ebenso zentrale Rolle. Die Paramilitärs waren und sind gleichsam die ausführenden Kräfte der Gegenlandreform: Massaker und massive gewaltsame Vertreibungen verübten sie gerade auch in Regionen, in denen es keine Guerillaaktivität gab. Jeder Umverteilungseffekt von Versuchen der Agrarreform kehrte sich durch die Expansion von Landbesitz dieser Kräfte ins Gegenteil. Reyes (1997: 186) zufolge hielten in den 1990er Jahren 1,3 % der Besitzer 48 %

4 So lautet eine in Kolumbien geläufige Bezeichnung dieser mithilfe von Kapitalakkumulation aus legalen und illegalen Quellen und dem Einsatz von Gewalt aufgestiegenen Sektoren.

der fruchtbaren Böden, während 68 % nur 5,2 % besaßen. So entwickelte sich seit den 1980er Jahren eine neue Landbesitzfraktion, die ihr Vermögen zunächst aus dem Kokainhandel und Smaragdschmuggel erwirtschaftete, sich ungeheure Flächen aneignete und ihr Kapital zunehmend in legale Wirtschaftszweige investierte (vgl. ebd.: 279; Camacho 2006: 389).

In Kolumbien bedeutete historisch die Kontrolle von Land(-besitz) „eine Form von Herrschaft“ (Molano 1992). Der Besitz von Land ist nicht nur ein entscheidender Faktor im Wettbewerb um den Zugang zu Produktionsmitteln, sondern bedeutet soziales Prestige und gesicherten politischen Einfluss in der ländlichen Gesellschaft (Reyes 1997: 281), bestimmt also die strategisch-räumliche Selektivität des Staates mit. Die Aneignung von Land brachte Gewaltakteuren Aufstieg, Anerkennung und Zugang zu staatlichen Entscheidungszentren. So wird nachvollziehbar, warum vor allem durch die Gesellschaft der Landwirte SAC und den Viehzüchterverband FEDEGAN vertretene Sektoren paramilitärische Gruppen gründeten⁵ und dabei mit der entstehenden „Narcobourgeoisie“ kooperierten: „Die Unterstützung der Rinderzüchter für paramilitärische Gruppen entspricht nicht nur dem unmittelbaren Interesse, Renten und Besitz zu sichern“, sondern bezieht sich auch darauf, „dass diese ihre Position innerhalb der ökonomischen Strukturen des Landes in einer globalisierteren Wirtschaft neu verhandeln müssen“ (Richani 2002: 143). Dafür spricht auch, dass die gewaltsame Vertreibung der letzten Jahrzehnte den Großgrundbesitz praktisch nicht berührte. In 73 % der Fälle betraf die Vertreibung Minifundien von bis zu 20 ha Fläche, 26,6 % der Fälle betrafen mittleren Besitz ab 20 ha (UNDP 2011: 71).⁶

Zudem verschoben sich mit der Einführung der freien Wahl der lokalen Oberbürgermeister seit 1986 und der Dezentralisierung administrativer Kompetenzen und der Budgetverwaltung mit der Verfassung von 1991 (Pécaut 2004: 68) die Verwaltungsebenen (*scales*) des institutionellen Ensembles (vgl. Brenner 2004). Dies stärkte die regional verankerten Fraktionen und erleichterte die Einflussnahme bewaffneter Akteure auf lokale Politik und Ressourcenverteilung. Brenners staatlich-räumliche Perspektive macht die Verschränkungen deutlich: Die Auslagerung militärischer Aufgaben an Paramilitärs und deren Finanzierung durch Drogenhandel führte zur Etablierung einer neuen regionalen Führungsschicht, die zunehmend auf nationaler politischer Ebene aktiv wurde (Aristizábal 2007: 71). Die Kapitalakkumulation

5 Landbesitzende Sektoren sahen sich im Gegensatz zu städtischen Handels- und Industriefraktionen eher von einer Verhandlungslösung mit ernsthaften Diskussionen um Landverteilung als der Fortdauer des Krieges beeinträchtigt. Dies zeigten sie während der abgebrochenen Friedensverhandlungen mit den FARC 1998 (Richani 2002: 141).

6 In den Berechnungen von UNDP (2011) gelten Flächen bis 500 ha als mittlerer Besitz.

aus legalen und illegalen Quellen ermöglichte ihr, die Produktionsbeziehungen zu verändern und ein mit dem Weltmarkt verknüpftes regionales Entwicklungsmodell zu konsolidieren (Medina 2008: 135). Für dieses ist die Aneignung kleinbäuerlicher Räume zentral. Während also Teile des Staates die in der organisierten Kriminalität aktiven und paramilitärisch organisierten Gruppen verfolgten, konnten letztere mit anderen Sektoren (Großgrundbesitz und Sektoren von Militär und Polizei) Abkommen schließen (vgl. Gutiérrez 2009). Der *Pacto de Ralito* über eine „Neugründung des Vaterlandes“, der 2001 zwischen Politikern und Paramilitärs geschlossen wurde, ist das Grundlegendste der Dokumente, die dies belegen (vgl. ausführlich López 2010).⁷ Spätestens ab 2002 fielen Interessen der regional herrschenden, auf Landbesitz gegründeten Sektoren mit denen im Zentralstaat immer deutlicher zusammen und präsentierten sich als staatlich-räumliches Projekt, das mit allgemeinen außenorientierten Akkumulationsstrategien in Wechselbeziehung steht (vgl. exemplarisch López 2010; Medina 2008; Valencia 2007). Während zweier Amtszeiten des Präsidenten Álvaro Uribe Vélez (2002-2010), der selbst aus der grundbesitzenden Klasse in Antioquia stammt und die Bekämpfung der Guerillas bzw. die „Befriedung des Landes“ mit militärischen Mitteln zur Priorität machte, waren den paramilitärischen Gruppen nahestehende Kräfte in zentralstaatlichen Apparaten nachweislich stärker vertreten. Hunderte Kongressabgeordnete beider Kammern, große Teile der rechtskonservativen Regierungskoalition und des Inlandsgeheimdienstes unterhielten – wie inzwischen juristisch vielfach belegt ist – enge Beziehungen mit der „narco-paramilitärischen Allianz“. Laut eigenen Aussagen kontrollierten Paramilitärs und Netzwerke der Organisierten Kriminalität ab 2002 35 % der Kongressabgeordneten und unterstützten die Wahl Uribes ausdrücklich (vgl. López 2010).

Von regionalen „Geographies of Terror“ zur nationalen paramilitärischen Strategie

Rückblickend lässt sich eine Periodisierung dieser räumlichen Umstrukturierung in vier aufeinander bezogene Phasen vornehmen, von regional ganz unterschiedlichen gewaltsamen Aneignungsprozessen (1. Phase) über eine landesweite Ausweitung dieser Strategie (2. Phase) bis zur Konsolidierung

7 Die Initiative für den Pakt von Ralito ging von politisch Aktiven aus, nicht von der AUC. Belege für die Kooperation finden sich u. a. in Aussagen paramilitärischer Führungspersonen, die die ihnen gegebenen Versprechen der juristischen Immunität und der Unantastbarkeit des angeeigneten Besitzes von der Regierung nicht eingelöst sahen (vgl. López 2010; FIDH 2007).

als staatlich-räumliches Projekt (3. Phase) und schließlich der Legalisierung der so geschaffenen Besitzverhältnisse (4. Phase). Dabei bestehen Überlappungen: Vertreibungen finden weiterhin statt und ziehen weitere Aneignungs- und Legalisierungsprozesse nach sich.

In der ersten Phase der Vertreibung ab den 1980er Jahren kam es nicht nur zur Aneignung kleinbäuerlicher Räume durch Gewaltakteure, die Land neu inwertzusetzen suchten. Die dabei angewandten Strategien mündeten zugleich in der Etablierung von „Geographies of Terror“ (Oslender 2008), die gleichen Räume, die als *territorios* zuvor das Selbstverständnis der Gemeinden prägten. Paramilitärische Gruppen lösten bestehende sozialräumliche Strukturen auf und unterwarfen sie neuen Bedingungen: Sie bedrohten nicht nur ganze Gemeinden, sondern verübten, häufig mit Macheten, systematisch Massaker in großem Ausmaß, warfen die Leichen in Flüsse oder in nicht gekennzeichnete Massengräber. Überlebende flohen z.B. in urbane Räume. Wer blieb, konnte sich kaum mehr politisch äußern, war u.U. neuen Kleidungsvorschriften unterworfen; Gewaltakteure bestimmten dann den öffentlichen Raum (vgl. Higginbottom 2005). Staatliche Institutionen waren etwa in Form logistischer Unterstützung für paramilitärische Gruppen durch das kolumbianische Militär, plötzlicher Untätigkeit lokaler Polizeistationen oder der Finanzierung und administrativen Deckung durch regionale PolitikerInnen beteiligt (vgl. exemplarisch López 2010). Vertreibungen ganzer Dörfer betrafen besonders kollektiv wirtschaftende indigene und afrokolumbianische Gemeinden (vgl. CODHES 2010). In ihren an Bodenschätzen und Biodiversität reichen selbstverwalteten *territorios* zeigten und zeigen sich die dem herrschenden Entwicklungsmodell inhärenten gewaltvollen Aneignungsprozesse in besonders drastischer Form. Zu den Departements mit den meisten Vertriebenen in Relation zur Bevölkerung gehört heute mit 10 % entsprechend der Chocó (Castillo 2010); die absoluten Zahlen sind in Antioquia, Bolívar und Magdalena am höchsten. Besonders das fruchtbare Cauca-Tal in Valle und die Flusstäler des Sinú und San Jorge im Nordwesten sind betroffen (Redaktion El Tiempo 2011; UNDP 2011: 71). Vertriebene stammen auch aus den Kohleförderregionen an der venezolanischen Grenze, deren Förderlizenzen der Staat in den letzten Jahren erweiterte. Im Gegenzug haben die Verteidigung von und Kämpfe um Wiederaneignung von identitätsstiftenden *tierras/territorios* oftmals als Motor für Organisationsprozesse gewirkt. Zudem erkämpften indigene und afrokolumbianische Organisationen entgegen den Interessen der am vorherrschenden Projekt beteiligten Kräfte mit der Verfassung von 1991 ihr Recht auf selbstverwaltete *territorios* (Castillo 2010).

Waren die Entwicklungen zunächst mit unterschiedlichen Auswirkungen regional umgrenzt geblieben, lässt sich in einer zweiten Phase ab 1997 von einer nationalen Strategie der nun landesweit in der AUC zusammengeschlossenen paramilitärischen Akteure sprechen. Ausgangspunkt war das – zuvor angekündigte – Massaker von Mapiripán, bei dem Paramilitärs zwischen dem 15. und 20. Juli 1997 über 40 Menschen ermordeten und etwa 2.700 vertrieben. Die etwa 200 bewaffneten Täter gelangten in Militärflugzeugen aus dem Nordwesten des Landes zu einem Militärflughafen in der Nähe des Tatortes im Südosten (vgl. Redaktion Verdad Abierta 2011). Angesichts der strategischen Lage Mapiripáns, nahe den im Südosten Kolumbiens wichtigsten Verkehrswegen, den Flüssen Guaviare und Orinoco, öffnete diese Gebietsnahme den Paramilitärs den Weg nach Südosten und die Kontrolle über dortige Kokaplantagen. Diese Ausweitung der Aktivitäten hatte wesentliche Bedeutung: Laut den Vereinten Nationen beläuft sich die gewaltsame Aneignung von Land durch Paramilitärs von 1997 bis 2010 auf fast sieben Mio. ha (UNDP 2011: 71).

Brenners Konzeption von der Einbeziehung zuvor marginalisierter Räume in supranationale Akkumulationskreisläufe entspricht in dieser zweiten Phase die Inwertsetzung von Regionen wie dem Pacífico, Chocó, Montes de María oder der Altillanura-Region in den südöstlichen Amazonas-Departements. Dass diese Räume, in denen zunächst die Besitzverhältnisse radikal umgestaltet wurden, in den Fokus staatlicher Entwicklungsstrategien rückten, veränderte die „räumliche Selektivität“ des Staates (Brenner 2004: 89). Exemplarisch dafür steht die kolumbianische Pazifikregion (vgl. Escobar 2003). Bis zur Jahrtausendwende kennzeichneten Subsistenzwirtschaft und lokale Marktkreisläufe die Departements Chocó und Pacífico. Da eine landbesitzende Klasse kaum vorhanden war und Arbeitskonflikte kaum wie in vielen anderen kolumbianischen Departements vorkamen, betraf der bewaffnete Konflikt die Region lange Zeit kaum (vgl. Oslender 2008; Tenthoff 2008). Noch Anfang der 1990er Jahre interpretierten afro-kolumbianische Gemeinden im Chocó die Vergabe kollektiver Landtitel an sie als äußerst progressive Entwicklung. Zwischen 1999 und 2004 floh dann allerdings etwa ein Zehntel der Gesamtbevölkerung vor paramilitärischen Todesschwadronen in die nächstgrößeren Städte und andere Departements (Castillo 2010: 153). 2011 ermittelte die UN für die Landkonzentration in Teilen der Pazifikregion einen besonders hohen Gini-Wert von über 0,8 (UNDP 2011). Besonders in Urabá im Nordwesten, wo Bananen- und Palmölproduzenten heute hochtechnisierte Plantagenwirtschaft für den Export betreiben, zeigt die Zentralregierung ihr Interesse an der räumlichen Neugestaltung nach der gewaltsamen Vertreibung: War die Region über

Jahrzehnte recht isoliert, beschrieb die Regierung Uribe sie im Nationalen Entwicklungsplan 2006 und dem „Nationalen Plan für Biokraftstoffe“ 2007 als strategisch prioritär (Tenthoff 2008). Sie wurde zur Fokusregion für Entwicklung „mit Makro-Entwicklungsprojekten und neuen Strategien der Kapitalakkumulation“ (vgl. Escobar 2003: 158). U.a. durch den Ausbau der dortigen Infrastrukturnetze und Wasserwege schuf die Regierung Anreize zur Produktion von Agrarkraftstoffen (vgl. Tenthoff 2008).

Staatlich-räumliches Projekt: die Konsolidierung von Besitzverhältnissen

Besonders ab 2002 sammelten sich staatliche Institutionen unterschiedlicher Ebenen hinter einem mehr oder weniger kohärenten Projekt der Konsolidierung räumlicher Umgestaltung, das von den oben beschriebenen Interessengruppen getragen wurde. In dieser dritten Phase präsentiert sich die Verfestigung der so geschaffenen Verhältnisse als staatlich-räumliches Projekt und ist in die erwähnte „Neugründung“ eingebettet.

Die Paramilitärs bildeten damit einen Teil staatlicher Strategien zur Auslagerung der Gewaltfunktion und halfen bei einer radikalen Neuordnung des ländlichen Raums. Mit dem Gesetz zur Demobilisierung der Paramilitärs begann ab 2003/04 ein Prozess, der im Rückblick nur als Reintegration derjenigen bezeichnet werden kann, die die gewaltvolle Rekonfiguration des ländlichen Raums ausführten. Deutliche Hinweise darauf sind außerordentlich geringe Haftstrafen von bis zu acht Jahren für vielfachen Mord, Vergünstigungen im Prozessablauf sowie großzügige Wiedereingliederungsregelungen in einem gesellschaftlichen Kontext, in dem staatliche Transferleistungen die Ausnahme bilden. Aussagen über verübte Verbrechen blieben optional (für eine ausführliche Diskussion der Demobilisierungsprozesse vgl. FIDH 2007).

In der Konsequenz – und darauf lenkt die Rede von der Kohärenz staatlich-räumlicher Regulation bei Brenner das Augenmerk – begünstigten staatliche Apparate die Expansion der Plantagenwirtschaft in Händen (ehemaliger oder aktiver) „Narco-Paramilitärs“ in großen Teilen des Landes, und zwar auf allen institutionellen Ebenen: Bestechliche Notare und regionale Gerichte halfen bei der Fälschung von Kaufverträgen (vgl. López 2010). Regionale Vertretungen der Landwirtschaftsbehörde INCODER vergaben wiederholt Landtitel über gewaltsam angeeignetes Land. Im Departement Vichada überschrieben sie Titel über 38.000 ha an den wegen Verbindungen zum Paramilitarismus zu Gefängnisstrafen verurteilten Ex-Senator Habib Mehreg (Fajardo Montaña 2010: 19; Corporación Nuevo Arco Iris 2011).

Das Regierungsprogramm für landwirtschaftliche Subventionen „Agro Ingreso Seguro“ ab 2006, als staatlich-räumliche Strategie interpretierbar, geriet wegen der Subvention illegal angeeigneter Großflächen in die Kritik; mehrere Unternehmer müssen sich derzeit in diesem Zusammenhang vor Gericht verantworten (vgl. Pachico 2009). Bereits 2007 forderten VertreterInnen von Wirtschaftsgremien, zugunsten der Investitionssicherheit dürften notarielle Titel über Landbesitz nicht (mehr) anfechtbar sein (Redaktion El Tiempo 2007). Die Impulse für Agrar-, Erdöl- und Kohleindustrie in den beiden Regierungsperioden Uribes spiegeln die Verknüpfung zwischen paramilitärischer Gewalt und der „Modernisierung“ der Wirtschaft wider. Viele Landflächen gingen, teils über Mittelsmänner und per korrekt abgewickelten Kaufverträgen in den Besitz von Großunternehmen über (für den emblematischen Fall Montes de María vgl. Osorio 2011). Damit trugen (mindestens indirekt) transnationale Unternehmen mit Investitionen in den Agrar- und Bergbausektor zu Vertreibungen bei.

Die gewaltvolle Aneignung wurde in dieser Phase vereinfacht und teilweise legalisiert. Dafür spricht auch, dass die Zahlen der Vertriebenen noch einmal massiv anstiegen: Zwischen 2002 und 2009 wurden laut der Ratsstelle für Menschenrechte und Vertreibung (CODHES 2010) 2.412.834 Menschen vertrieben.⁸ Damit musste knapp die Hälfte der insgesamt von CODHES registrierten 4,9 Mio. Vertriebenen ihre Heimat seit Uribes Amtsantritt im Jahr 2002 verlassen. In 23 von 32 kolumbianischen Departements erhöhte sich im gleichen Zeitraum die Landkonzentration. Der Gini-Index für Landverteilung verschlechterte sich von 0,8 (2000) auf 0,875 (2009), und zwar besonders ab 2005 (Ibáñez & Muñoz 2010). Während 78,3 % der Besitzer sich weniger als 6 % des verfügbaren Landes teilen, halten laut dem Kolumbianischen Institut für Geographie heute weniger als 100.000 Personen (etwa 3,8 % der LandbesitzerInnen) zusammengenommen 41 % der genutzten Fläche (Redaktion El Tiempo 2011; IGAC 2011).⁹ Die extensive Viehwirtschaft dehnte ihre Fläche zwischen 1995 und 2009 um 29,3 % aus, unter anderem auf Land, auf dem Kleinbäuerinnen/-bauern zuvor Nahrungsmittel angebaut hatten. Die treibenden Kräfte der Viehwirtschaft sind deshalb Nutznießer der Vertreibung (Suescún 2011: 10).

8 Beispielhaft absolute Zahlen an Vertriebenen für das Jahr 2004 in Valle del Cauca: 15.180, Guajira: 10.106, und Antioquia: 40.832. (CODHES 2010; UNDP 2011: 71).

9 Das Kolumbianische Institut für Geographie (IGAC 2011) sieht bereits Besitz ab 200 ha als Großgrundbesitz an. Daher unterscheiden sich die Zahlen von denen von Reyes (1997) und dem UNDP (2011). Alle zitierten Quellen stellen jedoch eine Verschärfung der Konzentration von Landbesitz fest.

Legalisierung der Aneignung

Mit dem Regierungsantritt von Präsident Juan Manuel Santos scheint ab 2010 eine (vierte) Phase intensivierter Bemühungen der „Modernisierung“ ländlicher Strukturen begonnen zu haben: Mit einem landesweiten Gesetzesbündel zur Raumordnung will die Regierung die stärkere Anbindung des Marktes für Land an den Finanzsektor und die Intensivierung ausländischer Investitionen im ländlichen Sektor erreichen. Dafür ist Investitionssicherheit notwendig, was die Klärung von Landbesitztiteln unbedingt erfordert. InvestorInnen sollen sich auch in Regionen ansiedeln können, in denen großflächige Vertreibungen stattgefunden haben, ohne Rückgabeforderungen befürchten zu müssen. Es geht nun um die *flächendeckende* Formalisierung und Regelung der Eigentumsverhältnisse auf dem Land, welche die vorhergehende Regierung nicht erreicht hatte. Die Neuordnung ländlicher Räume ist somit zentrales Thema im Nationalen Entwicklungsplan 2010-2014, dem Anfang 2012 in Kraft getretenen Gesetz zur Landrückgabe, dem im Verfahren befindlichen Allgemeinen Gesetz für den Agrarsektor und ländliche Entwicklung und in internationalen Verhandlungen der Exekutive über Großinvestitionen im ländlichen Sektor.

Das Gesetz zur Landrückgabe bezeichneten RegierungsvertreterInnen als „historisches Gesetz“ für die Versöhnung im kolumbianischen Konflikt. Es soll die Rückgabe von etwa 2 Mio. ha an Opfer von Vertreibungen in Gang setzen. Bäuerliche Basisorganisationen kritisierten aber, diese Zahl werde der tatsächlichen Fläche gewaltsam angeeigneten Landes nicht gerecht: Selbst von staatlichen Stellen erhobene Daten über illegal angeeignete Flächen sprechen von ca. 6,6 Mio. ha (UNDP 2011: 71). Die mit der Umsetzung beauftragten Institutionen unterstehen allein der Exekutive.

Zudem schreibt das Gesetz den Schutz von Investitionen in exportorientierte Agrarprodukte fest, d.h. wer eine Landparzelle zurückerhält, auf der zwischenzeitlich in den Ölpalmenanbau investiert wurde, ist rechtlich verpflichtet, dort weiterhin Ölpalmen anzubauen bzw. kann nicht zurückkehren (vgl. Mondragón 2011). Weder der Volatilität der entsprechenden Weltmarktpreise noch der Kapitalintensität der Produktion mit chemischen Düngemitteln dürften Vertriebene gewachsen sein. Kleinbäuerliche Sektoren sollen sich laut dem Gesetz in „Zonen unternehmerischer Entwicklung“ mit eigenen Parzellen in sogenannten „Kooperativen“ um kapitalstarke Unternehmen mit verarbeitender Infrastruktur und Zugang zu staatlichen Förderungsprogrammen gruppieren. Eine unabhängige Lebensmittelproduktion ist innerhalb dieses Modells kaum möglich; eher werden damit Arbeitskräfte

für die Exportwirtschaft bereitgestellt. Basisorganisationen kritisierten diese Tendenzen des Gesetzes daher scharf (Congreso de los Pueblos 2011).

Im Nationalen Entwicklungsplan flexibilisiert die Regierung die *Unidad Agrícola Familiar*. Diese juristische Figur regelte bisher entsprechend der Produktivität der jeweiligen Böden die maximale Fläche staatlich subventionierten Landes, die ein Haushalt bebauen durfte. Nun sind Investitionen in solche Ländereien unbegrenzt möglich, was auf einen Schlag die bereits erfolgte Titelvergabe von nahezu einer Mio. ha Land in der agroindustriell bisher bedeutungslosen Amazonas-Region Altillanura legalisierte (vgl. Suescún 2011; Gutiérrez 2011). Die Agrarindustrie gilt der Regierung als eine von fünf „Lokomotiven“ für wirtschaftliches Wachstum; „Entwicklung“ versteht sie als möglichst intensive landwirtschaftliche Nutzung mit größtmöglichen Erträgen und Einbindung in internationale Verträge (Presidencia de la República Colombiana 2010). Damit setzt sie zwangsläufig auch die mithilfe illegalen Kapitals umgestalteten Räume zum Weltmarkt in Beziehung. Dies erweitert die Agrargrenze und das Angebot an in der Exportwirtschaft nutzbarem Land erheblich (vgl. Santos 2011). Nur ca. 5 Mio. ha stehen bisher der Nahrungsmittelproduktion zur Verfügung – dafür geeignet sind 9 bis 21,5 Millionen ha (UNDP 2011: 37). Die Regierung und der Verband der Ölpalmenproduzenten FEDEPALMA streben bis 2013 aber die Ausweitung des Ölpalmenanbaus um 170.000 ha an, und zwar gerade in den erwähnten Amazonas- und Pazifik-Departements (FEDEPALMA 2010). Hier zeigt sich eben das, was Brenner (2004) als gezielt auf die Neuordnung der Produktion gerichtete staatlich-räumliche Politik im umfassenden Sinn bezeichnet: Über die Gesetzesinitiativen sucht die Regierung von der zentralstaatlichen Ebene aus die Reorganisation sowohl des Landbesitzes wie der Produktion formal festzuschreiben.

Allerdings will die Regierung Santos (2011) zudem die 38 Mio. ha Weidelandes effizienter genutzt wissen. Daher artikulieren sich in dieser Phase Spannungen zwischen heterogenen Staatsapparaten und den traditionell starken Viehzuchtverbänden und Großgrundbesitzern sowie den zur landbesitzenden Klasse aufgestiegenen paramilitärisch organisierten Gruppen (vgl. Gutiérrez 2011). Ginge es nach ihnen, verlief die Transformation zur agroindustriellen Nutzung nicht so rasch.¹⁰ Der Verband der Bananenplantagenbesitzer *Augura*, dessen Mitglieder von gewaltvoller Landnahme profitiert haben sollen, warnte in einem offenen Brief Anfang 2012 vor der von der Zentralregierung öffentlich inszenierten Rückgabe

¹⁰ Mondragón (2011) zufolge entferne sich der Kaufpreis „spekulativer Latifundien“ mit der Verknüpfung zum Kapitalmarkt und der starken Nachfrage nach Land vom Produktionspotential.

von Land an kleinbäuerliche Familien im Departement Córdoba, da diese zu einer Gewalteskalation führen könne. Ähnlich äußerte sich der Viehzuchtverband *Córdobas*, dessen Mitglieder sich über Betrugsmethoden und Gewalt 46.000 ha angeeignet haben sollen (Valencia 2012). Im César versandte eine „Bewaffnete Gruppe gegen die Rückgabe“ Drohbriefe an AktivistInnen. Deutlich werden daran einerseits Bedenken rechtsgerichteter Kräfte, die sich Land angeeignet hatten; allerdings berücksichtigen die Rückgabevorhaben nur einen kleinen Teil der gewaltsam angeeigneten Flächen zu Konditionen, die Kleinbäuerinnen/-bauern in die abhängige Lohnarbeit zwingen. In diesem Sinne bewegt sich die Regierungspolitik in einem Spannungsverhältnis zwischen der Gewaltandrohung vonseiten Interessen wählenden rechtsgerichteten Kräften und der Kritik aus der (außer-)parlamentarischen Opposition.

Dennoch stehen die staatlich-räumlichen Strategien der Regierung Santos zu denen der Vorgängerregierung nicht im Gegensatz. Zwar steuern zentralstaatliche Agenturen die medial begleitete Landrückgabe und treffen nicht unbedingt auf Zustimmung der politisch-ökonomisch dominanten Kräfte in den Departements. Santos schaffte zudem belastete Agenturen wie den Inlandsgeheimdienst ab und tauschte Personal der Landwirtschaftsbehörde teilweise aus. Ein kohärentes staatliches Projekt auf verschiedenen Ebenen des institutionellen Ensembles existiert daher nicht mehr bzw. lediglich in modifizierter Form. Dennoch: die wirtschaftspolitische Ausrichtung ist die gleiche; der Wert von Land ist sogar enorm gestiegen. Auch für ein modifiziertes Projekt, in dem sich ultrarechte und paramilitärische Kräfte nicht (mehr) repräsentiert sehen, ist die Legalisierung der Besitztitel – angesichts der Fokussierung auf ausländische Direktinvestitionen als zentralem Indikator für wirtschaftlichen Erfolg – notwendige Voraussetzung. Die kürzlich verabschiedeten Freihandelsverträge mit der Europäischen Union und den USA stützen die gewaltsame Aneignung von Land: Gerade die durch eine solche spezifische Weltmarkteinbindung gestärkten Sektoren basieren auf der wenig arbeits-, aber kapitalintensiven Nutzung großer Landflächen. Die von Brenner konstatierte zentrale Rolle des Staates bei der Transformation gesellschaftlicher Räume verdeutlicht sich daran einmal mehr. Die Privatisierung von Land geschieht erneut entlang einer Konzeption, der der identitäre Bezug des *territorio* fremd ist. Insofern hat das aktuelle Bündel an Regelungsvorhaben das klare Ziel einer Formalisierung der jetzigen Eigentumsverhältnisse auf dem Land und wird hier als raumstrategisches Projekt der Regierung interpretiert.

Nur die von kleinbäuerlichen, indigenen und afrokolumbianischen Basisorganisationen gemeinsam formulierten räumlich orientierten Strategien der

Verteidigung von *tierra* und *territorio* unterscheiden sich davon wirklich: In kommunalen *Planes de Vida* setzen diese Gruppen dem staatlichen Entwicklungsplan und dem Landrückgabegesetz Vorstellungen von kollektiver Bewirtschaftung und Entscheidungsprozessen und die Forderung nach selbstverwalteten, vom agroindustriellen Modell ausgenommenen *territorios* entgegen (vgl. Congreso de los Pueblos 2011). Zudem strengen sie die Rückkehr vertriebener Gemeinden an. Vertreibung, Morde an Mitgliedern und jahrelange Kriminalisierung (Massenverhaftungen und Gefängnisaufenthalte ohne Prozess) haben bäuerliche Bewegungen und ihre Durchsetzungskraft allerdings geschwächt.

Schlussfolgerungen

Die kritische Betrachtung der räumlichen Rekonfiguration des kolumbianischen Akkumulationsmodells mit Brenner (2004) macht deutlich: Nicht nur sind in Regionen wie dem Magdalena Medio, Urabá und Cauca in den letzten Jahrzehnten die Besitzverhältnisse radikal und gewaltsam verändert worden. Nun ist es für die Einbindung dieser Regionen in eine exportorientierte, „modernisierte“ Entwicklungsstrategie unter kapitalistischen Vorzeichen notwendig, die neuen Verhältnisse festzuschreiben und gleichzeitig legitimatorisch auf mögliche Klagen der großen Mehrheit Vertriebener einzuwirken, die keine Kompensation erhalten. Wurden in den vorangegangenen Legislaturperioden große, zuvor kleinbäuerlich bewirtschaftete Flächen verfügbar gemacht, festigten zentralstaatliche politische Zirkel die enge Verknüpfung mit regionalen *caudillos*, hegten paramilitärische Gruppen ein und weiteten die Präsenz des regulären Militärs massiv in die ländlichen Räume aus, so geht es in der aktuellen Phase um die Restrukturierung des ländlichen Raums hin zur Etablierung großflächiger Exporträume. Dabei sind staatlich-räumliche Strategien auf verschiedenen Ebenen des institutionellen Ensembles immer auch umkämpft, ergänzen oder widersprechen sich. Doch das in den letzten Jahren konsolidierte allgemeine Produktionsmodell beruht auf kapital- und technologieintensiven Exporten der Agrarindustrie und dem Export von Bodenschätzen. Es schließt damit die gewaltsame Aneignung von Land ein, begünstigt diese sogar und steht kleinbäuerlichen Raumproduktionen entgegen. Das gesellschaftliche Ringen um Land in Kolumbien ist daher auch ein Ringen um Herrschaftsverhältnisse und Wirtschaftsmodelle.

Literatur

- Aristizábal, José G. (2007). *Metamorfosis. Guerra, Estado y globalización en Colombia*. Bogotá.
- Bonilla, Ricardo (2011): „Apertura y reprimarización de la economía colombiana. Un paraíso de corto plazo“. *Nueva Sociedad* 231. 46-65.
- Brenner, Neil (2004): *New State Spaces. Urban Governance and the rescaling of Statehood*. Oxford.
- Camacho Guizado, Álvaro (2006): „De Narcos, Paracracias y Mafias“. In Leal 2006, S. 387-419.
- Castillo, Luis Carlos (2010): „Nuevos sujetos étnicos en Colombia. Las comunidades negras y la lucha por sus territorios y su visibilidad en las estadísticas“. In López, Margarita; Figueroa, Carlos; Rajland, Beatriz (Hg.): *Temas y procesos de la historia reciente de América Latina, Colección Pensar América Latina*. Santiago de Chile, S. 147-170.
- CEPAL (2010): *Institucionalidad y Estrategias para el desarrollo exportador y la innovación en Colombia: diagnóstico inicial*. Bericht. Santiago de Chile.
- Congreso de los Pueblos (2011): *Declaración del Congreso de Tierras, Territorios y Soberanías. Comunicado Público*. <http://vertov14.files.wordpress.com/2010/08/declaracion3b3nfinalcongreso-vf.pdf>, letzter Aufruf: 1. 12. 2011.
- CODHES – Consultoría para los Derechos Humanos y el Desplazamiento (2010): *Salto estratégico o salto al vacío? El desplazamiento forzado en los tiempos de la seguridad democrática*. Bericht. Bogotá.
- Corporación Nuevo Arco Iris (2011): „Los líos del Incodec por la adjudicación de tierras y proyectos productivos“. In: *Semana*, 16. 3. 2011, http://www.semana.com/wf_InfoBlog.aspx?IdBlg=59&IdEnt=2913, letzter Aufruf: 15. 3. 2012.
- Escobar, Arturo (2003): „Displacement, development and modernity in the Colombian Pacific“. In: *Social Sciences Journal*, Nr. 175, S. 157-167.
- Fajardo Montaña, Darío (2010): „Tierras, justicia y paz en Colombia“. In: *Ensayos Críticos* 6(1/2010).
- Fajardo Montaña, Darío (2002): *Tierra, poder político y reformas agraria y rural*. Bogotá.
- FEDEPALMA – Federación Nacional de Cultivadores de Palma Aceitera (2010): „Visión a la Palmicultura Colombiana al 2020“. <http://www.fedepalma.org/vision.htm>, letzter Aufruf: 13. 11. 2011.
- FIDH – Fédération Internationale Des Ligues Des Droits De L'Homme (2007): *La desmovilización paramilitar, en los caminos de la Corte Penal Internacional*. Bericht 3(481), Paris.
- González, Fernán; Ingrid Bolívar & Teófilo Vázquez (2002): *Violencia Política en Colombia – De la nación fragmentada a la construcción del Estado*. Bogotá.
- Gutiérrez, Carlos (2011): „Con giros en la ‘continuidad’“. In: *Le Monde Diplomatique, kol. Ausgabe (El Dipló)* Nr. 104, S. 3.
- Gutiérrez, Carlos (2009): „Política y poder: la marca del narco“. In: *Le Monde Diplomatique, kol. Ausgabe (El Dipló)* Nr. 82, S. 2f-3.
- Gutiérrez Sanín, Francisco; Tatiana Acevedo & Juan Manuel Viatela (2007): *Violent Liberalism? State, Conflict and Political Regime in Colombia 1930-2006: an analytical narrative on state-making*. Crisis States Research Centre/LSE Working Paper, Nr. 19, London.
- Higginbottom, Andy (2005): „Globalization, Violence and the Return of the Enclave to Colombia“. In: *Development*, Bd. 48, Nr. 3, S. 121-125.
- Hobsbawm, Eric (1983): *Rebeldes Primitivos. Estudio sobre las formas arcaicas de los movimientos sociales en los siglos XIX y XX*. Barcelona.
- Ibáñez, Ana María, & Juan Muñoz (2010): *La persistencia de la concentración de la tierra en Colombia: Qué pasó entre 2000 y 2009?* Bogota.

- IDMC – Internal Displacement Monitoring Centre (2012): *Colombia: Improved government response yet to have impact for IDPs*, <http://www.internal-displacement.org/countries/colombia>, letzter Aufruf: 15. 3. 2012.
- IGAC – Instituto Geográfico Agustín Codazzi (2011): *Gran Atlas de Distribución de la Propiedad de la Tierra en Colombia*. Bogotá.
- Jessop, Bob (2008): *State Power*. Cambridge.
- Kalmánovitz, Salomón, & Enrique López (2004): *Patrones de desarrollo y fuentes de crecimiento de la agricultura*. Working Papers Banco de la República de Colombia.
- Leal Buitrago, Francisco (2006) (Hg.): *En la Encrucijada. Colombia en el siglo XXI*, Bogotá.
- LeGrand, Catherine (1992): „Agrarian Antecedents of the Violence“ In: Peñaranda u.a. 1992, S. 31-50.
- López Hernández, Claudia (2010): *... y refundaron la Patria. De cómo mafiosos y políticos reconfiguraron el Estado colombiano*. Bogotá.
- López Restrepo, Andrés (2004): „El cambio de modelo de desarrollo de la economía colombiana“. In Ders. u.a. (Hg.): *Colombia: economía y política internacional, Colección temática: análisis político*. Bogotá.
- Medina Gallego, Carlos (2008): „El narco-paramilitarismo – Lógicas y procesos en el desarrollo de un capitalismo criminal“. In: Estrada Álvarez, Jairo (Hg.): *Capitalismo Criminal. Ensayos Críticos* 03. Bogotá, S. 103-141.
- Molano, Alfredo (1992): „Violence and land colonization“. In Peñaranda u.a. 1992, S. 195-216.
- Mondragón, Héctor (2011): „La especulación de la tierra contra la soberanía alimentaria“. In: *Deslinde* 49:2-17, 10/2011
- Mondragón, Héctor (2006): „Colombia: Agrarian Reform – Fake and Genuine“. In: Patel, Raj; Alegría, Rafael; Courville, Michel (Hg.): *Promised Land: Competing Visions of Agrarian Reform*. Oakland. S. 165-176.
- Oslender, Ulrich (2008): „Another History of Violence“. In: *Latin American Perspectives*, Bd. 35, Nr. 5, S. 77-102.
- Osorio Avendaño, Camila (2011): „Así se concentró la tierra en los Montes de María“. In: *La Silla Vacía*, 4. 7. 2011, <http://www.lasillavacia.com/historia/asi-se-concentro-la-tierra-en-los-montes-de-maria-25534>, letzter Aufruf: 14. 1. 2012.
- Pachico, Elyssa (2009): *A Scandal Brews as Colombia Subsidizes Millionaire Farmers*. <https://nacla.org/node/6308>, letzter Aufruf: 9. 9. 2011.
- Pécaut, Daniel (2004): „Tradición liberal, autoridad y autoritarismo“. *Revista Política*, Nr. 42, S. 59-85.
- Peñaranda, Ricardo; Charles Bergquist & Gonzalo Sanchez (1992) (Hg.): *Violence in Colombia: The Contemporary Crisis in Historical Perspective*. Wilmington, DE.
- Presidencia de la República Colombiana (2010): *Prosperidad Para Todos. Plan Nacional de Desarrollo 2010-2014*. <http://www.dnp.gov.co/PND/PND20102014.aspx>, letzter Aufruf: 9. 9. 2011.
- Redaktion El Tiempo (2011): „41 % de la tierra en Colombia tiene menos de 100 mil dueños“. *El Tiempo*, <http://m.eltiempo.com/justicia/el-pais-tiene-cada-vez-mas-terratenientes/10528066/1>, letzter Aufruf: 12. 10. 2011.
- Redaktion El Tiempo (2007): „Hay que limpiar los títulos. Interview mit Juan Sebastián Betancur (Proantioquia)“. 28. 1. 2007, <http://www.eltiempo.com/archivo/documento/MAM-2371256>, letzter Aufruf: 23. 2. 2012.
- Redaktion Verdad Abierta (2011): „¿Por qué Mapiripán?“ 19. 8. 2011, <http://www.verdadabierta.com/nunca-mas/40-masacres/2134-ipor-que-mapiripan>, letzter Aufruf: 1. 12. 2011.
- Reyes Posada, Alejandro (1997): „Compra de tierras por narcotraficantes“. In Thoumi, Francisco (Hg.): *Drogas ilícitas en Colombia: su impacto económico, político y social*. Bogotá, S. 279-346.

- Richani, Nazih (2002): *Systems of Violence. The Political Economy of war and peace in Colombia*. Albany.
- Romero, Mauricio (2006): „Paramilitares, Narcotráfico y Contrainsurgencia – Una experiencia para no repetir“. In: Leal 2006, S. 357-386.
- Santos, Juan Manuel (2011): „La nueva línea de pobreza y la Misión de Movilidad Social“. Rede, http://wsp.presidencia.gov.co/Prensa/2011/Agosto/Paginas/20110824_03.aspx, letzter Aufruf: 11. 9. 2011.
- Suescún Barón, Carlos (2011): „El acaparamiento de tierras. Un fenómeno global con repercusiones en Colombia“. *Le Monde Diplomatique*, kol. Ausgabe (*El Dipló*), Nr. 104, S. 9-10.
- Tenthoff, Moritz (2008): *El Urabá: donde el Desarrollo Alternativo se confunde con intereses económicos y la reinserción del paramilitarismo*. Amsterdam.
- UNDP – United Nations Development Program (Programa Naciones Unidas de Desarrollo) (2011): *Colombia rural. Razones para la esperanza*. Bogotá.
- UNHCR – United Nations High Commissioner for Refugees (2012): *UNHCR country operations profile: Colombia*. <http://www.unhcr.org/cgi-bin/texis/vtx/page?page=49e492ad6>, letzter Aufruf: 15. 3. 2012.
- Valencia, León (2012): „Urabá se mueve“. In: *Semana*, 11. 2. 2012. Bogotá.
- Valencia, León (2007): „Los caminos de la alianza entre los paramilitares y los políticos“. In: Romero, Mauricio (Hg.): *Parapolítica. La ruta de la expansión paramilitar y los acuerdos políticos*. Bogotá, S. 11-58
- Zelik, Raul (2009): *Die kolumbianischen Paramilitärs. Terroristische Formen der Inneren Sicherheit*. Münster.
- Zinecker, Heidrun (2007): *Kolumbien und El Salvador im longitudinalen Vergleich – Ein kritischer Beitrag zur Transitionsforschung*. Baden-Baden.

Anschrift der Autorin:

Alke Jenss

alke_jenss@yahoo.de